

Christian J. Jäggi

Volkswirtschaftliche Baustellen

Analyse – Szenarien – Lösungen



Springer Gabler

Volkswirtschaftliche Baustellen

Christian J. Jäggi

Volkswirtschaftliche Baustellen

Analyse – Szenarien – Lösungen

Christian J. Jäggi
Meggen
Schweiz

ISBN 978-3-658-11995-9 ISBN 978-3-658-11996-6 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-11996-6

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer Gabler

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften. Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
(www.springer.com)

Vorwort

Das Jahr 2015 zeichnete sich dadurch aus, dass kein einziges der aktuellen Weltprobleme gelöst oder auch nur ernsthaft angegangen wurde.

Folgende großen Problemkreise waren dominant:

- Globaler Terrorismus und Dschihadismus sowie schleichender Abbau der individuellen demokratischen Rechte unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung,
- neue Formen von Großmachtstreben und aufflammender Nationalismus führen zu zwischenstaatlichen Kriegen und zunehmenden militärischen Auseinandersetzungen (Russland/Ukraine, China im südchinesischen Meer, usw.),
- riesige Umweltprobleme, Klimawandel und unaufhaltsame Zerstörung der ökologischen Lebensbedingungen in China, in den USA, in Teilen Afrikas und Asiens,
- weltweites Migrations- und Flüchtlingsproblem mit Tausenden von Toten im Mittelmeer und auf den Landrouten in Afrika sowie in Südostasien,
- Euro-Krise, Verschuldungskrise, unkontrolliertes Wachstum der Finanz- und Geldmärkte sowie Flutung der Geldmärkte mit Liquidität mit all den schwerwiegenden Folgen wie Negativzinsen, schleichende Deflation und versteckte Enteignung von Spargeldern.

Auffällig ist dabei, dass weder demokratische Regierungen noch Autokratien in der Lage zu sein scheinen, diese globalen Fragen glaubhaft und effizient anzugehen – ja es scheint sogar, dass vielerorts nicht nur die Fähigkeit, sondern auch der Wille und die grundsätzliche Bereitschaft fehlen, sich ernsthaft auf diese Fragen einzulassen.

Deshalb stellt sich die Frage, warum das so ist, wer am Status quo interessiert ist und wie der Einzelne darauf reagieren kann.

Der vorliegende Band befasst sich mit dem letztgenannten Themenkreis. Dabei werden allgemeine volkswirtschaftliche Zusammenhänge analysiert, mögliche Entwicklungsszenarien diskutiert, Lösungsstrategien dargestellt und Maßnahmen vorgeschlagen.

Inhaltsverzeichnis

1 Analyse	1
1.1 Finanzwirtschaft versus produktive Wirtschaft	4
1.2 Die verschwundene Inflation	12
1.3 Die überdeckte Deflation	15
1.4 Das verdrängte Verschuldungsproblem	17
1.5 Der Mythos des unbegrenzten Wirtschaftswachstums	36
1.6 Arbeitsmarkt	53
1.7 Internationale Investitionen	61
1.8 Der Anarchismus der nationalen Steuersysteme	67
Literatur	70
2 Szenarien	75
2.1 Finanzwirtschaft versus produktive Wirtschaft	76
2.2 Inflation	77
2.3 Deflation	80
2.4 Verschuldung	81
2.5 Wachstum	85
2.6 Arbeitsmarkt	89
2.7 Investitionen	91
2.8 Steuern	93
Literatur	93
3 Strategien	95
3.1 Finanzwirtschaft	95
3.2 Inflation	97
3.3 Deflation	98
3.4 Verschuldung	98
3.5 Wachstum	105
3.6 Arbeitsmarkt	111
3.7 Investitionen	113

3.8 Steuern	119
Literatur	123
4 Maßnahmen	127
4.1 Finanzwirtschaft	128
4.2 Inflation	129
4.3 Deflation	129
4.4 Verschuldung	129
4.5 Wachstum	130
4.6 Arbeitsmarkt	130
4.7 Investitionen	131
4.8 Steuern	131
5 Ausblick	133

Zusammenfassung

Ziel einer jeden Volkswirtschaft ist die nachhaltige Befriedigung der Grundbedürfnisse aller dort lebenden Menschen. Dass es dabei zu Interessenkonflikten zwischen den einzelnen Wirtschaftsakteuren, dem Staat und der Öffentlichkeit kommt, ist kaum zu vermeiden. Doch wenn strukturelle Ungleichheiten oder gesellschaftliche Spielregeln einzelne Akteure bevorzugen und andere benachteiligen, läuft etwas schief. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Finanzindustrie immer mehr von der realen, produktiven Wirtschaft abgekoppelt. Diese zunehmende Eigendynamik richtete sich immer mehr auch gegen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen und ließ auch die soziale Solidarität immer mehr zerbrechen. Die Finanzkrise von 2008/2009 bedeutete zwar eine Zäsur in diesem Prozess, hat aber an dieser Entwicklung selbst kaum etwas verändert. Zwar wurden im Verlauf der Finanzkrise Milliardenwerte vernichtet, doch nimmt auf der einen Seite die massive Verschuldung auf allen Ebenen weiter zu, während auf der anderen Seite immer wieder neue und oft noch risikoreichere Finanzprodukte auf den Markt kommen. Von einer Reform der Finanzwirtschaft ist kaum etwas zu erkennen – obwohl dafür viele Vorschläge vorliegen.

Obwohl heute aufgrund der äußerst geringen oder sogar negativen Teuerung die Inflation kaum mehr ein Thema ist, ist sie weder überwunden noch abgeschafft. Überraschenderweise haben die massive Flutung der Märkte mit hoher Liquidität und die Ausweitung der Geldmengen bisher nicht zu einer steigenden Inflation geführt – zumindest nicht im Konsumgüterbereich. Einige sprechen heute von einer Vermögenspreisinflation, weil sehr viel Geld in Sachwerte wie Immobilien oder Aktien fließt.

Nicht wenige Ökonomen sind der Ansicht, dass wir heute in einer deflationären Phase leben, also in einer Periode, in welcher die Preise längerfristig sinken und die Produktion stagniert oder gar zurückgeht. Sinkende Preise können die Folge einer abnehmenden Geldmenge sein – das ist sicher heute nicht der Fall –, die Folge höherer

Produktivität – das trifft sicher für Teile der elektronischen Industrie zu – oder aber die Folge sinkender Nachfrage. Das könnte heute zumindest teilweise zutreffen.

Es ist unbestritten, dass hohe Schulden nicht wünschenswert sind. Doch wieso eigentlich? Studien haben ergeben, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Höhe privater und öffentlicher Schulden auf der einen Seite und konjunkturellen Flaute, Rezessionen und Finanzkrisen auf der anderen Seite besteht. Auch die Globalisierung hat Auswirkungen auf die Schuldenentwicklung. Umgekehrt kann eine moderne Wirtschaft nicht ohne Kredite und damit ohne Schulden funktionieren. Doch die Frage ist, wie Schulden auf einem vernünftigen Ausmaß gehalten werden können.

Wohl kaum über ein anderes Thema ist im Laufe der Zeit so gestritten worden wie über die Zinsen. Während die einen Zinsen ganz verbieten wollten oder wollen, sehen andere in ihnen das Schmiermittel der Wirtschaft. Während heute die drei wichtigsten volkswirtschaftlichen Schulen die Zinsen prinzipiell kaum in Frage stellen, werden diese von freiwirtschaftlicher Seite grundsätzlich kritisiert. Durch die aktuellen Null- und Negativ-Zinsen hat die Zinsfrage in jüngster Zeit erneut an Aktualität gewonnen. In jüngster Zeit wurden Vermögenszinse auch zunehmend als so genanntes „leistungsfreies“ Einkommen kritisiert.

Die Vorstellung, dass eine Volkswirtschaft permanent wachsen muss, und das Prinzip der Nachhaltigkeit stehen in einem nicht zu unterschätzenden Widerspruch zueinander, auch wenn dies von gewissen Wirtschaftsexponenten immer wieder vehement bestritten wird. Wachstumsphasen haben immer wieder mit Stagnations- oder gar Phasen des wirtschaftlichen Abschwungs abgewechselt. Ja, es scheint sogar, dass längere Aufschwungphasen wie in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg oder im China 1990 bis 2013 eher die Ausnahme sind. Heute – noch stärker als früher – ist ein größeres Wirtschaftswachstum nur auf Kosten der ökologischen Ressourcen und bei Übernutzung natürlicher Ökosysteme möglich. Mehr und mehr ist ein Wirtschaftswachstum nur noch mit einer umfassenden geplanten Obsoleszenz, also einer Verschleißwirtschaft möglich. Damit stellt sich heute endgültig die Frage nach einem alternativen Wirtschaftskonzept anstelle des Wachstumsparadigmas. Nur: Wie müsste dieses aussehen?

Ein wichtiger Schritt weg vom Wachstumsparadigma liegt darin, Wachstum vom hohen Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, oder anders gesagt: Durch größere Produktivität und Effizienz den Anteil benötigter Rohstoffe zu verringern. Dabei kann man sich nicht darauf verlassen, dass infolge der größeren Nachfrage die Rohstoffpreise tendenziell steigen und dass damit ein ökonomischer Anreiz für einen geringeren Rohstoffeinsatz besteht – das zeigt spätestens seit 2010 der Fall vieler Rohstoffpreise. Hier sind umfassende Lösungen gefragt, von der Sichtbarmachung des Rohstoffverbrauchs in der Produktion bis zu Reformen im gesamten Wirtschaftssystem.

Arbeit ist mehr als nur Erwerb, Arbeit trägt auch zur persönlichen Identität und zum persönlichen Wohlbefinden bei – sofern die Arbeit sinnvoll ist und angemessen entschädigt wird. Auf dem Arbeitsmarkt – wo sich Anbieter und Nachfrager von Arbeitskraft treffen – wird jedoch knallhart gerechnet: Erwerbsarbeit, Erwerbsquoten und Arbeitslosigkeit spiegeln immer die aktuelle Entwicklung der Wirtschaft und des

Arbeitsmarktes wider. In fast allen Ländern ist heute die Arbeitslosigkeit endemisch geworden, allerdings auf unterschiedlichem Niveau. Prekäre Arbeitsverhältnisse haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen, besonders auch in Europa. Das ist nicht zuletzt die Folge der Konkurrenz durch die Tiefstlohnländer. Die Frage der Mindestlöhne und die Problematik der Schwarzarbeit werden in den nächsten Jahren zweifellos an Bedeutung gewinnen.

Im Zusammenhang mit der Globalisierung hat auch die Bedeutung grenzüberschreitender Investitionen zugenommen. Dabei ist ein neues Konfliktfeld entstanden: Während die Nationalstaaten einen Abfluss von Ressourcen und Gewinnen ins Ausland fürchten, wollen internationale Investoren ihre örtlichen Investitionen schützen und ihre Handlungsfreiheit ausbauen. Die in den letzten Jahren ausgebauten internationalen und multilateralen Investitionsschutzabkommen haben zu einer wachsenden Zahl von Schadensersatzforderungen, Schiedsverfahren und Gerichtsprozessen von transnationalen Unternehmen gegen Nationalstaaten geführt, die nur zu einem Teil berechnete Gründe haben. Einzelne Investoren haben darauf sogar ihr Geschäftsmodell aufgebaut. Hier braucht es dringend neue und rechtstaatlich abgestützte Regelungen.

Dass die verschiedenen nationale Steuersysteme in einem teilweise ruinösen Wettbewerb stehen, ist bekannt. In den einzelnen Ländern ist die steuerliche Belastung sehr unterschiedlich – und oft auch wenig gerecht. Für die Steuerzahlenden sind die nationalen Steuersysteme oft kaum transparent und so kompliziert, dass höchstens noch die Steuerexperten durchblicken. Hier ist Abhilfe gefragt.

Zentrales Anliegen und Hauptziel einer jeden Volkswirtschaft ist es, die Versorgungssicherheit mit Gütern und Dienstleistungen für alle Menschen nachhaltig, also langfristig zu sichern. Dafür braucht es unter anderem stabile Rahmenbedingungen, z. B. in Form eines verlässlichen Rechtssystems, stabile und effiziente Produktion, gesichertes Einkommen bei den Nachfragenden und – vor allem – Vertrauen in das Wirtschaftssystem. Erschwerend wirkt sich aus, dass sich im Laufe der Zeit die Bedürfnisse der Nachfragenden verändern – und dass die einzelnen Marktteilnehmenden über sehr unterschiedliche Bedürfnisse verfügen.

Damit stellt sich die Frage, welche Grundbedürfnisse unter allen Umständen zu befriedigen sind – wie etwa das Bedürfnis nach Nahrung, Unterkunft und Gesundheitsversorgung – und welche Bedürfnisse optional, also nicht auf jeden Fall befriedigt werden müssen und auch kaufkraftabhängig befriedigt werden können. Dazu kommt, dass ständig neue und nur bei einzelnen Bevölkerungsgruppen vorhandene Bedürfnisse entstehen, während andere Bedürfnisse verschwinden.

Wenn die letzten 100 Jahre etwas gezeigt haben, dann dies, dass das marktwirtschaftliche System am besten dafür geeignet ist, flexibel auf die sie sehr unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen zu reagieren und die hergestellten Produkte und Dienstleistungen effizient, kostengünstig und gleichzeitig nachfragespezifisch und in der erforderlichen Menge bereitzustellen. In all diesen Punkten hat die sozialistische Planwirtschaft versagt. Doch auch die Marktwirtschaft ist unterdessen an ihre Grenzen gestoßen: Raubbau an den

natürlichen Ressourcen, Klimawandel, Hochrisikolagen, unerlässliches Wachstum als Wohlstandsmotor, sinkende Gewinne – aber auch die Externalisierung immer größerer sozialer und ökologischer Kosten – bilden letztlich auf dem Planeten nicht mehr überwindbare Grenzen für das kapitalistische System.

Man könnte es auch umgekehrt formulieren: Hätte die Planwirtschaft der 1960er- und 1970er-Jahre bereits die dem heutigen Management zu Verfügung stehenden feinen und informatikgestützten Planungstools zur Verfügung besessen, und hätte die Planwirtschaft in ihren Planzielen neben der einseitigen Gleichheitsidee auch ökologische Eckdaten berücksichtigt, und wären die Planziele im Rahmen eines institutionalisierten demokratischen Aushandlungsprozesses anstatt durch eine Parteibürokratie festgelegt und laufend modifiziert worden, könnte das entsprechende Wirtschaftssystem der heutigen Marktwirtschaft durchaus ebenbürtig oder sogar überlegen sein.

1.1 Finanzwirtschaft versus produktive Wirtschaft

Eines der großen Probleme des modernen Wirtschafts- und Finanzsystems ist die weitgehende Abkoppelung des Finanzsystems bzw. des Finanzkapitals vom Produktionsbereich. Das bedeutet aber nicht, dass die Realwirtschaft von den Entwicklungen des Finanzsystems unabhängig ist – ganz im Gegenteil, wie etwa die vielen Bauruinen etwa in Spanien nach der Immobilienkrise zeigten. Doch heute ist das Finanz- und Bankensystem nicht mehr ein Dienstleister der realen Wirtschaft, sondern umgekehrt die produktive Wirtschaft nur noch ein Tätigkeitsfeld unter anderen für die Finanzwirtschaft.

Entwicklungen und Krisen im Finanzsystem schlagen – meist mit einer zeitlichen Verzögerung – immer auch auf die reale Wirtschaft durch.

So kam es im Anschluss in der Finanzkrise 2008/2009 aufgrund der sinkenden Nachfrage weltweit zu teilweise massiven Produktionseinbußen. Doch nicht nur die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern brach in der zweiten Jahreshälfte 2008 ein. Auch die Rohstoffpreise gingen massiv zurück, so zum Beispiel der Erdölpreis. Als der Export von Konsumgütern einbrach, benötigte auch China, das nach Meinung von Analytikern maßgeblich für die Rallye am Rohwarenmarkt verantwortlich gewesen war, mit einem Mal deutlich weniger Rohstoffe.

Auch der Welthandel ging in der Folge der Finanzkrise deutlich zurück. 2009 schrumpften die Exporte in den Industrieländern infolge der einbrechenden Nachfrage. 2009 ging der weltweite Güterhandel um US\$12,15 Billionen und der Handel mit Dienstleistungen weltweit um US\$3,31 Billionen zurück (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 27./28.2010, S. 33). Weltweit sanken die Exporte in diesem Jahr um 12,2%. Die stärksten Exportrückgänge wiesen Japan (–24,9%), die Europäische Union (–14,8%), die USA (–13,9%) und China (–10,9%) auf. In Süd-/Zentralamerika sowie in Afrika gingen die Exporte um 5,7 bzw. 5,6% zurück (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 27./28.3.2010, S. 33).

Nach dem Einbruch der Nachfrage in der Realwirtschaft verabschiedeten viele Regierungen in aller Hast so genannte Konjunkturförderungspakete, um die Nachfrage zu stabilisieren.

Die staatlichen Konjunktur- und Stützungsprogramme blieben zumindest am Anfang erstaunlich wirkungslos, trotz ihres nie zuvor dagewesenen Umfangs. So sah zum Beispiel in den USA das im September 2008 lancierte Troubled Assets Relief Program (TARP) in seiner ursprünglichen Form vor, sagenhafte US\$700 Mrd. in den Ankauf Not leidender Wertpapiere zu investieren, die in irgendeiner Form mit Hypotheken unterlegt waren. Dies sollte auf der einen Seite den von Zwangsräumungen bedrohten Hausbesitzern helfen und auf der anderen Seite einen weiteren Einbruch der Konsumnachfrage verhindern.

2008 weitete sich die Subprime-Krise im amerikanischen Immobiliensektor rasch zu einer internationalen Finanzkrise aus, die spätestens ab dem 4. Quartal 2008 auch die reale Wirtschaft in Mitleidenschaft zu ziehen begann. Nach der weltweiten Abschreibung von über US\$1000 Mrd. trauten sich die Banken nicht mehr über den Weg. Sie stellten einander im Interbankenmarkt nicht mehr genügend Liquidität zur Verfügung, weshalb die Notenbanken mit kräftigen und wiederholten Liquiditätsspritzen einspringen mussten. Gleichzeitig wurden die Kredite an Private und Firmenkunden eingeschränkt, mit dem Ergebnis, dass eine ganze Anzahl von Firmenkunden zusätzlich zu den rezessionsbedingten Nachfrageeinbußen in Kreditschwierigkeiten kam.

Die Asiatische Entwicklungsbank ADB schätzte allein die im Jahre 2008 weltweit vernichteten Vermögenswerte auf \$50 Billionen, wovon allein \$9,6 Billionen in Asien verloren gingen. Bei einer geschätzten Weltbevölkerung von damals 7,5 Mrd. Menschen heißt das, dass der Pro-Kopf-Verlust an Vermögen weltweit \$6667 betrug; eine unvorstellbare Summe. Der Internationale Währungsfonds errechnete im Januar 2009 einen Verlust von US\$2,2 Billionen im Rahmen des internationalen Finanzsystems (Bloss et al. 2009, S. 8).

Aufgrund des hohen Abschreibungsvolumens bei den Banken gingen die Bilanzsummen der Banken stark zurück. Es trat ein Effekt des „Deleveraging“ ein, bei dem in hohem Maße Fremdkapital abgebaut wurde. Dies traf besonders Banken mit geringen Eigenkapitalpuffern. Sie waren gezwungen, Vermögenswerte unter Wert zu verkaufen und gleichzeitig Kredite zurückzuführen. Als Folge der hohen Risikoaufschläge und hoher Abschreibungsvolumina verbriefter Wertpapiere brachen im November 2008 allein in den USA 22 Banken zusammen (Bloss et al. 2009, S. 46). Viele Banken mussten Staatshilfe in Anspruch nehmen. Auch deutsche Banken waren von der Krise betroffen, so etwa die Hypo Real Estate, die über keine direkten Kundeneinlagen verfügte und daher auf Kredite im Interbankenmarkt angewiesen war. Sie musste hohe Verluste verbuchen und staatliche Rettungspakete in Anspruch nehmen. Auch die größte Bank der Schweiz, die UBS, musste mehrere Dutzend Milliarden Staatshilfe in Anspruch nehmen.

Bis Mitte der 1990er-Jahre stieg in den OECD-Ländern die Eigenfinanzierung der Unternehmen, bzw. nahm die Bedeutung der Bankkredite für die Unternehmensfinanzierung – mit Ausnahme von Japan – in allen G7-Ländern ab. Allerdings hat sich seit 1995 dieser Trend – zumindest in Europa – nicht fortgesetzt. So stieg in Europa der Außenfinanzierungsanteil wieder leicht an und übertraf im Jahr 2000 erstmals die internen

Ersparnisse in Form von nicht entnommenen Gewinnen (Huffs Schmid 2002, S. 28). Auch in der Schweiz hat die Unternehmensfinanzierung – zumindest bei den größeren Firmen – über die Finanzmärkte nach Mitte der 1990er-Jahre deutlich zugenommen: Während sich 1997 nur gerade 28% der Firmen im schweizerischen Aktienindex SMI über die öffentlichen Kreditmärkte finanzierten, waren es 2010 bereits 67% (vgl. Fischer 2011a). In Deutschland nahm die Unternehmensfinanzierung über die Aktienmärkte von 1999 bis 2014 deutlich ab, während zwischen 1997 und 2004 die Finanzierung über Anleihen laut der Deutschen Bundesbank deutlich zunahm.

Dass die Finanzmärkte in den 1980er- und 1990er-Jahre trotzdem massiv expandierten, ist laut Huffs Schmid (2002, S. 22) auf die Zunahme des Angebots an liquiden Mitteln zurückzuführen – also Geldvermögen, für welche aufgrund der Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums neue Anlagemöglichkeiten gesucht wurden. Die Investitionsfinanzierung wurde zunehmend durch das Finanzinvestment ersetzt, was zu einer zunehmenden Entkoppelung der realen, produktiven Wirtschaft auf der einen Seite und den Kapitalverwertungsmöglichkeiten in Form der Finanzmärkte führte (Huffs Schmid 2002, S. 22 f.). Laut Huffs Schmid (2002, S. 23) sind die modernen Finanzmärkte nicht so sehr durch die Globalisierung geprägt, sondern durch die weitgehende „Entstofflichung, Verflüssigung und Beschleunigung des Handels mit Finanztiteln“ zwecks Gewinnmaximierung der Anleger.

Ein zunehmendes Problem der Finanzmärkte liegt darin, dass sie sich den staatlichen Regelungen immer mehr entzogen haben und völlig eigendynamisch funktionieren. Die Börsen scheinen sich – trotz halbherzigen Regelungsversuchen im Anschluss an die Finanzkrise 2008/2009– der staatlichen Aufsicht immer mehr zu entziehen. So gestand etwa der Präsident der französischen Finanzmarktaufsicht AMF, Jean-Pierre Joyet, am 8. September 2010 vor einem Untersuchungsausschuss den sprachlosen Parlamentariern ein: „Seit einem Jahr ist uns bewusst, dass wir nicht mehr imstande sind, unsere grundlegende Aufgabe der Überwachung der Finanzmärkte zu erfüllen“ (zitiert nach Lagneau-Ymonet und Riva 2011, S. 6). Es ist zu bezweifeln, ob andere Finanzmarktaufsichtsstellen besser dazu in der Lage sind. Da verwundert es kaum, dass es immer wieder zu chaotischen Entwicklungen an den Börsen kam und kommt, so wie am 6. Mai 2010, als der Dow Jones innerhalb von 15 min um 9% fiel. Nachträgliche Rekonstruktionen ergaben, dass ein Händler in Kansas 75.000 Terminaufträge ohne Preislimit programmiert hatte, wodurch deren automatische Ausführung eine Panik auf den anderen Hochleistungsrechnern ausgelöst hatte. Binnen 14 S wurden 27.000 Transaktionen abgespult, die zum entsprechenden Kurseinbruch führten (Lagneau-Ymonet und Riva 2011, S. 6).

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Finanzbereich mehr und mehr von der realen Wirtschaft abgekoppelt und zunehmend eine eigene Dynamik entwickelt. Das zeigte sich unter anderem in der deutlich stärkeren Zunahme der Geldmenge im Vergleich zur Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen.

Nicht zuletzt als Folge der Globalisierung verschob und verschiebt sich das Gewicht zwischen Realwirtschaft und Finanzwirtschaft zugunsten der letzteren: „Betrachtet man die gegenwärtige Entwicklung, so zeigt sich, dass es zu einer Verschiebung des

Gleichgewichts zwischen Finanz- und Realwirtschaft gekommen ist. Allem Anschein nach hat sich die Finanzwirtschaft, im Interesse der Anleger, in den vergangenen Jahren fast vollständig von der Realwirtschaft abgekoppelt. Die moderne Finanzwirtschaft unterliegt immer ausgeprägter globalen Einflüssen und wird zunehmend von der Börsendynamik bestimmt. Regionale realwirtschaftliche Gegebenheiten rücken so in den Hintergrund“ (Bloss et al 2009, S. 27).

Doch warum kommt es zu dieser Abkoppelung von Finanzbereich und Realwirtschaft? Eine Wirtschaft, die über ein großes Wachstumspotenzial verfügt, zieht Investitionskapital an. Dabei kann das Wachstumspotenzial Ausdruck eines zu kleinen Produktionsvolumens sein oder aufgrund tiefer Produktivität bestehen. Beides kann das Resultat großer Zerstörungen – z. B. infolge eines Erdbebens oder nach einem Krieg – sein. Umgekehrt bedeutet eine weitgehend gesättigte Wirtschaft, also eine Wirtschaft ohne quantitative Wachstumschancen und mit bereits hoher Produktivität, dass Geld-Vermögen neue Anlageformen und -möglichkeiten suchen.

In den letzten 35 Jahren entwickelten sich die Realwirtschaft – also die nachfrageorientierte Produktion von Gütern und Dienstleistungen – und die Finanzwirtschaft zunehmend auseinander. Besonders die Finanzwirtschaft entwickelte eine eigene Dynamik und ihre Dienstleistungsfunktion gegenüber der realen Wirtschaft wurde mehr und mehr sekundär. Das sieht man auch daran, dass die Finanzwirtschaft deutlich stärker wuchs als die übrige Wirtschaft. So vervierfachte sich etwa in Deutschland zwischen 1980 und 2009 die produzierte Gütermenge, während sich die Geldmenge im gleichen Zeitraum zehnmals stärker erhöhte: Sie vervierzigfachte sich (vgl. Berger und Schmauder 2009, S. 8). Obwohl es damit nach klassischer Volkswirtschaftslehre zu einer massiven Inflation hätte kommen müssen, lag die offiziell ausgewiesene Inflationsrate in dieser Zeit deutlich tiefer.

Doch die wachsende Auseinanderbewegung von Produktion und Finanzwirtschaft begann schon weit früher. In der Bundesrepublik Deutschland erzielte – so Bichlmaier (2009, S. 46) – angelegtes Geld seit 1950 einen durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 7,47%. Diese Rate erzeugt eine Verdoppelung der Nominalbeträge ungefähr alle zehn Jahre. Absolut gesehen bedeutet das ein enorm zunehmendes Wachstum der entsprechenden Geldvermögen: Zwischen 1950 und 1960 verdoppelten sich die Vermögenswerte auf 160 Mrd. DM, zwischen 1990 und 2000 wuchsen sie bereits auf 3,4 Billionen DM – und zwischen 2040 und 2050 ist mit einer Verdoppelung auf 137 Billionen DM (= 68,5 Billionen €) zu rechnen (vgl. Bichlmaier 2009, S. 46). Und während früher die Inflation einen Teil dieser enormen Wertvermehrung kompensierte, ist die reale Wertzunahme in Zeiten der Null- oder sogar Negativinflation massiv.

Diese Zahlen zeigen noch etwas anderes: Während die reale Wirtschaft längerfristig höchstens linear wächst, nahmen und nehmen die Vermögenswerte und damit auch die Schulden deutlich stärker, nämlich exponentiell zu (vgl. dazu Bichlmaier 2009, S. 47).

Wesentlicher Grund für die wachsende Geldmenge in hoch entwickelten Gesellschaften ist der Zins- und Zinseszinsseffekt, der die Geldvermögen laufend und exponentiell anwachsen lässt: „Je höher der Zins ist, desto schneller wachsen Bankguthaben, desto mehr sind Banken zur Kreditvergabe gezwungen, weshalb Zinsgewinne automatisch auch zu